

Schopfflügel bilden, damit die Arbeitlosen im nicht noch mehr verschärft.  
Da nun die Dinge mit aller ihre Logik haben, so in diesem Falle die, daß die KPD, die Gebietsorganisationen der Demokratischen Republik gegen die Arbeiterklasse schützt und schließt.  
Das ganze ist Bolschewismus.

### Der Verbandstag des DMV.

In Bremen lagte in der Woche vom 2. bis 7. August (mit Ausnahme des Donnerstag, der für eine Dampferfahrt nach Helgoland reserviert war) die 17. ordentliche Verbandsgeneralversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Es ist gewerkschaftlicher Zeitgeist, kennzeichnend für die Lebendigkeit der Gewerkschaften, daß das Organ des Verbandes, die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ vom 7. August, eine Begrüßung des Verbandstages enthält, die die Delegierten hoflichlich zu Gesicht bekommen, als sie wieder zusammen waren.

Bemerkenswert ist die Zusammensetzung des Verbandstages. Sie bestreift vollkommen, was wir den Arbeitern seit Jahren immer wieder gesagt haben. Die „Opposition“ ist fast verschwunden. Die Zellenaktivität hat sich nicht so gewagesen Flauto erlitten. Nach siebenjähriger „Revolutionierung“ ist die KPD aus allen Positionen verdrängt. Während sie auf dem Kasseler Verbandstag vor 2 Jahren noch mehr als ein Drittel der Delegierten zählte, ist sie in Bremen auf ein Siebentel zusammengeschrunken.

Demgemäß wurde die KPD in Bremen behandelt. Man gestand ihr nicht einmal einen Sitz in der Verbandsgeneralversammlung. Ein Antrag der Opposition, Krauß-Stuttgart in die Versammlungsleitung zu wählen, wurde mit lüchelnder Miene abgelehnt. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wieder gewählt. Vorsitzende des Verbandes sind demnach wieder Brandes, Dübmann und Reichelt, Kassierer Schäfer und Schott, Sekretäre Bunde, Handke, Schließstädt, Post, Schriftleiter der Metallarbeiterzeitung Kummer und Haase, Vorsitzender des Ausschusses ist wieder Weilig. Die Moskauer Lehren durch die Sprecher erklärt, daß sie aus Bescheidenheit (?) keine Gegenliste aufgestellt haben, daß sie aber eine Vertretung im Vorstand beanspruchen. Die Wahl fiel jedoch gegen sie aus.

Mit der Wahl der Delegierten zur internationalen Metallarbeiterkonferenz in Paris wählen ihren Vorsitzenden. Der Ausschluß der fruchtbareren Tagung, („Vorwärts“ Nr. 370).

Zu diesem internationalen Metallarbeiterkongress wurde die KPD selbstverständlich auch ausgeschaltet. Alle ihre Anträge wurden ohne viel Federlesens abgelehnt. Die KPD, waag es gar nicht mehr, den Namen „Kommunistische Partei“ zu nennen. Sie nannte sich in Bremen, wie seit langem auf allen Tagungen, bescheiden „Opposition“. Die Bonzen in Bremen behandelten die KPD-Leute ungehörig, wie die Völkherde ihre Zuträger behandelte.

Die KPD-Delegierten hatten Anträge gestellt auf Einföhrung der Verhältniswahl; der Wahl der Verbandsgeneralversammlung, die sich alle 2 Jahre einer Neuwahl unterziehen sollten; Sanktionsrecht für lokale Streiks; auf die Ortsverwaltungen zu erteilen (nicht auf den Belegschaften, die streikenden wollen); statt der Dreiviertelmehrheit eine Zweidrittelmehrheit (also nicht mal einfache Majorität) bei Abstimmungen über Arbeitskampfe u. a. alles wieder abgelehnt. Eine Resolution der Vorstandes erhielt 158 Stimmen, dagegen waren 28, das ist die KPD.

Der aus 13 Bezirken vorliegende Antrag, in jedem Ort Jugendabteilungen zu schaffen und einen Vertreter der Jugend abzuwählen, der Ortsverwaltungen zugeordnet wird, gegen Stimmen der Opposition abgelehnt. Ebenso ein Antrag, der die Wahl von Jugendvertretern und die Anstellung von Jugendsekretären bei den Ortsverwaltungen, wo mehr als 1000 Jugendliche dem Verband angeschlossen sind, zu beschließen. Das gleiche Schicksal erlebte ein Antrag, der bereits dem Kasseler Verbandstag vorlag und dem Vorstand als Material überwiesen wurde. Er forderte, vor jedem Verbandstag eine Reichsmetallarbeiter-Jugendkonferenz. Die Redner zu den Anträgen wurden zernüchtern, wie der Bourgeoisie seinen dienenden Hausknecht anführt.

Angenommen wurde ein Antrag, daß der Vorstand bei eintretender Notwendigkeit berechtigt sein soll, die Beiträge zu erhöhen. Dem Antrag der KPD, die Beiträge des DMV für den Berzearbeitern zu senken, wurde zugestimmt, aber unter der Bedingung, daß der Vorstand den Text nach Beleben ändern kann.

Ein Antrag der englischen Berzearbeiter 50.000 Mark zu senden und ein Extrabeitrag zu erheben wurde gar nicht abgestimmt. Die Herren erklärten, daß der Antrag durch das Telegramm (I) erledigt sei!

Die Gewerkschaften haben sich so ausgewogen in die Sackgasse verrennt, als ihre Mutter kapitalismus, Kolonialismus, Militarismus und die Verhältnisse aller Grade; keine Idee, kein Windhauch keine Erregung; nicht mal die übliche „Klippe“, die auf allen Gewerkschaftskongressen stets in allerhergebrachter Weise „umschiffen“ wird. Das wichtigste Ereignis des Verbandstages war die Debatte über den Helgoland auf Beitragskosten, wobei die Spesen, Selbstverständlich kann eine Gewerkschaftstagung nichts Positives beschließen für die Mitglieder. Wohl für die Besitzer des DMV. Mit 122 gegen 61 Stimmen wurde die Verdrängung des Sitzes von Stuttgart nach Berlin beschlossen. Die Opposition, die im Prinzip für die Verlegung war, stimmte geschlossen dagegen! („Rote Fahne“ vom 10. August). Es ist etwas Erlaubenes um solche Privilegien. Außerdem stimmten nur in die Stuttgart behaltenden alten Bürger dagegen, die im Büro ihr gutes Einkommen haben, sich aber nichts mehr aus Opern, Bars und Kurfürstendamm machen. Die Geschichte wird die Proleten so ziemlich über die Million Märker kosten.

Das habühcheinste leisteten sich wohl die beiden Referenten zur Wirtschaftstages (beside Niedergewerkschaftler). Ein alter ausrunderter Rednerungsbaumeister, A. D. Schäfer meinte, daß die Lohnspanne zwischen Gelehrten und Ungelernten zu gering sei. Und Herr Professor Julius Hirsch führte die Krise auf die Dummheit der Kapitalisten zurück, die sich durch Organisierung überwinden lasse. Mit dem Unfutz des Herrn Professors werden wir uns noch in der nächsten Nummer beschäftigen. Nicht weil das Zeug Tinte und Papier, und eine Stunde Arbeit wert wäre, sondern deshalb, weil die KPD, die die Gewerkschaften führt, nicht den Mut aufbringt, die Gewerkschaftspolitik zu verteidigen. Der DMV wird nämlich schon so kleiner und kleiner, wie in Bremen festgestellt wurde.

Daß der DMV, noch 800.000 Mitglieder (wenn auch nur auf dem Papier) hat, ist wohl nur der KPD zu verdanken. Sie ist für ihre Hausknechtrolle entsprechend belohnt. Auch der dümmste Proletarier müßte jetzt bald merken, daß die 7 Jahre Gewerkschaftsarbeit im Interesse des Kapitals gelegen haben. Daß es nicht nur nicht zutrifft, sondern nicht einmal erreicht wäre. Von den 187 Delegierten waren 90 Verbandsgestellte. Die KPD hatte 28 Mandate. Eine Anzahl hat die Bürokratie nach (und nicht) kassiert. Die Mandatsprüfungskommission hieß alles restlos gut. Der Sprecher meinte, daß die Mandate der KPD, eigentlich alle ungenützt wären, weil die KPD ein statutenwidriges Flugblatt verbreitet hätte. Man wolle aber nicht so sein und die 28 Mandate gelten lassen. Denn eine Kassierung hätte noch mehr Unfrieden stiftet gemacht. Und es gibt Mitglieder der KPD, schon so schwach, einen kleinen Rest ihrer Mitglieder in den Gewerkschaften zu halten.

Die revolutionären Proletarier müssen endlich begreifen, daß sie in der Gewerkschaft machtlos sind. So morsch und

faul die Gewerkschaften sind, so untauglich sie sind den Proletarier auch nur den kleinsten Nutzen zu verschaffen, als Konterrevolution, als Klassenkampfinstrument des Kapitals sind sie noch eine große Macht. Nicht ihrer organisatorischen Stärke wegen, sondern als demokratischer Wall, als ideologisches Bollwerk gegen jede Verselbständigung der Proletarier. Gegen diesen „festesten Damm gegen den Kommunismus“ können die Proletarier nur etwas aussprechen, wenn sie sich den abdrückenden Gewerkschaften als geschlossene revolutionäre Kampftruppe entgegenstellen. Wenn sich die Proletarier auf der Grundlage der Betriebe Organisations schaffen, die sie selbst dirigieren, mit denen Solidarität möglich ist, können sie leicht das rührige Element um sich scharen und die Nur-Beltragszahler, die „Geprübelten“ losreißen. Dem Rest werden die Bonzen so teuer, daß sie davon laufen müssen. Nur auf den Trümmern der Gewerkschaften können Organisationen aufgebaut werden, die um die Niederrückung des Kapitalismus kämpfen.

### Maslow

Eine Kampfesweise, so hinterhältig und niederrücklich, wie sie die Moskauer Agenten in Deutschland betreiben, kennt zum Glück die Geschichte der Arbeiterbewegung bis jetzt nicht. Auch die Spitze der preussischen Reaktion während des Sozialistengesetzes reichen an diese Perfidie bei weitem nicht heran.

Die „Volkswacht für Mecklenburg und Pommern“ berichtete kürzlich, daß Maslows Aufenthaltsbewilligung deshalb verlängert sei, weil Maslow ein Interesse daran habe, daß er die KPD zersetzen und die Sozialisten in die KPD-Reichstags- und Landtagsfraktion schreibt dasselbe nochmals der „Roten Fahne“ (vom 6. August) und führt einen anderen Fall an, daß ein anderer Genosse in einem ähnlichen Falle die Aufenthaltsverlängerung nicht bewilligt wurde.

Die Lügenhaftigkeit dieser Zuschrift folgenden Redaktionserschweiz an:  
„Einer Zuschrift des Rechtsanwalts Rosenfeld entnehmen wir, daß Maslow „mit Rücksicht auf die im Gefängnis eingetretene, durch den Kreisarzt festgestellten Schädigungen seiner Gesundheit ein Aufschub seiner Ausweisung bis zum 15. September bewilligt wurde.“ Ferner teilte Rosenfeld mit, daß der Antrag zur Stellung des Antrags auf Aufschub der Ausweisung von Maslow gegeben wurde.

Die Frist, die Maslow zur Durchführung der Beschlüsse der KKK von IKK gestellt wurde, ist abgelaufen. Eine Antwort auf die Anfrage, ob Genosse Maslow die Beschlüsse der IKK durchzuführen gedenkt, ist bisher nicht eingegangen.

Das Dunkel, das über dem Fall Maslow schwebt, hat sich nicht gelichtet.

Die Mitteilungen der Presse, wonach Maslow aus der KPD ausgeschlossen wurde, entsprechen nicht den Tatsachen. Das Zentralkomitee der KPD hat zur Angelegenheit Maslow noch keinen Beschluß gefaßt.

Wir stehen sicher dem Verdacht fern, daß wir für Maslow eintreten seiner politischen Arbeit wegen. Maslow gehört bis heute der KPD an, die ihn mit Willst wieder von neuem auf die Arbeiter losließ, falls er nochmals die Moskauer Kriegskriegel beschwören würde, er hat die KPD und die revolutionäre Arbeiterbewegung ebenso bekämpft wie jede Größe der KPD. Seine Verteidigung vor Gericht lag auf der Linie der KPD, und stand auf derselben Höhe, wie die Branders, der letzte Ehrenvorsitzender der 3. Internationale ist. Es ist über die Pflicht der Arbeiterbewegung, die beispiellose politische Brunnenervergiftung an den Präfiger zu stellen, die die KPD-Journalisten zeigen hohe Bezahlung von russischen Staats (im Antrage des russischen Kapitals) leistet. Auch Lenin, der die KPD als „Kriegskriegel“ und „reaktionären Militarismus durch Deutschland gelassen“ nicht um Rußland und damit evtl. in der ganzen Welt die Revolution zu entfachen, sondern die Feinde der deutschen Bourgeoisie zu zernüchtern. In der Natur der Sache lag es, daß diese Zersetzung auch die russische Sozialdemokratie traf. Aber die Gemeinheit, Lenin deshalb als einen Agenten der deutschen Bourgeoisie hinzustellen, hat nicht einmal die Sozialdemokratie angebracht. Das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt hat Lenin dies jedenfalls als eine revolutionäre Tat anzurechnen.

Maslow war bisher ein getreuer russischer Staatsbeamter. Wenn man dem KPD-Offiziosen nur einige Glauben schenken darf, so muß er der Meinung gewesen sein, daß er früher im Interesse der proletarischen Revolution, zum mindesten aber im Interesse der Arbeiterklasse arbeite. — Im Auftrage der KPD-Zentrale; und nur dieser Tätigkeit wegen wird er von der KPD-Zentrale vertrieben. Nicht kommt die Erkenntnis, daß dieser Weg falsch ist. Er verzichtet auf das hohe Gehalt als russischer Staatsbeamter in Deutschland und bezieht Kampfstellung gegen den russischen Staat und das hinter diesem stehende Kapital. Und was verlangt die KPD, heute von Maslow?

1. Unterwerfung. Zurückkehr in sein altes Amt mit gesicherter Existenz. Das hat Maslow abgelehnt.  
2. Daß er sich seinem Tode stellt und damit den Kollateralschaden der Guillotine der russischen Ochrana stecht (buchstäblich).

Und die ganze Hetze der wider besseres Wissen schreibenden russischen Staatsjournalisten in Deutschland geht nun dahin, dem von der deutschen Klassenpolitik Geschriebenen, in ganz Europa politisch Verfolgten das Asyl zu bestreiten, um ihn an den russischen Galgen zu liefern. Der ganze perfide Verleumdungsstreich richtet sich gegen einen Wehrlosen, dem keine Tribüne der Verteidigung offen steht, weil er sich nicht selbst durch die Häcker der öffentlichen Justiz an die russische Tscheka ausliefern lassen.

Die Hetze gegen Maslow richtet sich nicht seiner Verteidigung wegen in seinem Prozess, sondern zeigen des politisch Mißbilligen. Beweis ist Brandes' Beweis ist Unbarm, der seiner Verteidigung zurück, die Asyl verweigert wurde und heute verweigert ist wie Maslow.

Hat je irgendwo eine Clique von Spitzeln ein ruchloseres Spiel mit Menschenleben getrieben?

### Etwas über Kriege und ihre Ursachen

Wenn wir in die Geschichte der menschlichen Gesellschaft zurückblicken, so sehen wir sie begleitet von unzähligen Kriegen, der Ausdruck eines ständigen Existenzkampfes der Menschen untereinander. Teils führen ihn einzelne Staaten gegeneinander, teils zeigt er sich im Innern eines Staates, wenn ein Teil der Bevölkerung der Unterdrückten gegen die herrschende Klasse. Meist stehen Kriege am Anfang oder am Ende einer bestimmten Entwicklungsperiode in der Geschichte. Man kann menschlichen Geschichte, die sich als Lokomotiv der Völkergeschichte darstellt, als einen ständigen Kampf zwischen den gesellschaftlichen Revolutionen betrachten.

Der Charakter all dieser Kämpfe ist nicht gekennzeichnet durch den Geist oder die besondere Stärke irgendeines „Großen“ Menschen, den die bürgerliche Geschichtsschreibung daraus hervorhebt, sondern vielmehr durch die Wirtschaftsinteressen, die der Existenzkampf der jeweils herrschenden oder aufwärtsstrebenden Klasse oder irgendeines Völkergesamten verkörpert. So führt die Kämpfe der Krieger über ihre Vorkörper in neue Jagdgebiete, und die wandernden Nomaden-

völker zu neuen Weidplätzen. Die Kriege des Altertums waren die Existenzbedingung der Sklaverei, die Kriege des Mittelalters die Auseinandersetzung des Feudalismus, des weltlichen Adels und der Kirche gegen die wirtschaftliche Macht der katholischen Kirche. Je mehr sich das Interesse an Handel und Industrie konzentriert, um so deutlicher tritt die Frage des Staates in den Vordergrund, und um so einheitlicher tritt der Staat im Kampf um seine Erweiterung und Festigung als wirtschaftlicher sowie als politischer Faktor auf. Die napoleonischen Kriege und die Befreiungskriege am Anfang des 19. Jahrhunderts zeichnen sich deutlich durch das Interesse der nationalen Erziehung der europäischen Staaten aus. Sie leiten den Zeitschnitt ein, den der letzte Weltkrieg beendet hat.

Mit dem 19. Jahrhundert steigt die moderne Bourgeoisie auf und die absolute Monarchie entwickelt sich in Deutschland zu ihrem Höhepunkt. Immer mehr entfällt sich die kapitalistische Wirtschaft auf die Mitte des vorigen Jahrhunderts, sie erfordert einen feststehenden Staat, dem der Kampf der Bourgeoisie geht um den Weltmarkt, um die Weltmacht. Unter diesem Gesichtswinkel entstehen die Kriege, die Deutschland 1664 und 1866 gegen Österreich und Dänemark führt. Vier Jahre später schon zeigt sich der wahre Charakter des aufwärtsstrebenden deutschen Kapitalismus im Kampf um seine Macht gegen Frankreich, der Ansturm des deutschen Imperialismus auf die Macht in Europa. Auch hier sind es nicht allein politische militärische Interessen, sondern sie sind begleitet von entschieden bedeutenderen Wirtschaftsinteressen der sich entwickelnden deutschen Industrie, Deutschland hat zwar viel Kohle, aber nicht genügend Eisen unter seiner Erdoberfläche und Kohle und Eisen sind die Machtmittel des Kapitals. Was in Deutschland an der Verwirklichung der imperialistischen Macht fehlt, liegt in Elsaß-Lothringen und im belgischen Frankreich. Handertausende Proletarier müssen mit ihrem Leben einspringen, um das Interesse der deutschen Bourgeoisie zu wahren.

Je mehr sich in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts der Kapitalismus in den einzelnen Staaten mit allen Mitteln entfaltet, um so mehr tritt im Konkurrenzkampf um den Weltmarkt die Kolonialfrage in den Vordergrund. Der absolute Wirtschaftskampf der kapitalistischen Staaten gegen einander offenbart sich in einem unaufrichtigen Kolonialkrieg, dem Kampf um Absatzgebiete und Rohstoffquellen zur Regenerierung der Profitwirtschaft in den europäischen Staaten. Die Kultivierung Australiens, Afrikas und Indiens wird zur Existenzfrage des europäischen Kapitalismus und der Konkurrenz um diese Erdteile treibt den europäischen Imperialismus immer mehr auf die Spitze. Gleichzeitig nimmt der Zollkrieg, der die kapitalistischen Staaten gegeneinander führen die schärfsten Formen an. Die rasende Entwicklung der Industrie führt zur ungeheuren Überproduktion, worin sich die Widersprüche der kapitalistischen Profitwirtschaft bemerkbar machen. Krise reiht sich an Krise, und die Überproduktion treibt die Kapitalisten zu großen imperialistischen Auswanderungen. Anstelle der Kohle hat das Öl im gesteigerten Tempo des Konkurrenzkampfes seinen Platz erobert. Nicht der Schuß von Serawak; worauf das Bürgertum den vergangenen Weltkrieg zurückführt, ist die Ursache desselben, sondern die unüberwindlichen Widersprüche der Überproduktion, die Unmöglichkeit, die Waren auf dem Weltmarkt abzusetzen. Dazu kommt das Interesse, die Öleliten im Orient zu besitzen und die Zugangswege zu den Kolonialstaaten zu beherrschen und das noch immer nicht geschwundene Interesse an den französischen Erzeleiten für die deutsche Industrie.

Nichts von alledem hat der Krieg für den Imperialismus gebildet. Der Imperialismus ist in sich selbst zusammengebrochen und hat seinen größten Stützpunkt den Monarchismus unter sich begraben. Die Absatzgebiete des europäischen Kapitalismus auf der Grundlage der modernen Industrie ihrer ehemaligen Mutterländer entwickelt. Sie sind zu neuen Konkurrenten emporgewachsen und vergrößern die Widersprüche der Überproduktion. Zwar ist der Kapitalismus 1918 nach dem militärischen Zusammenbruch nicht durch die Arbeiterklasse besetzt worden, sondern höchstens Entzugsgut hat er aber überschritten. Er baut heute seine politische Macht im Staat wieder auf und versucht darüber hinaus, sich auch als imperialistischer Faktor zu äußern. Sein Kampf dreht sich aber vor allem in Zukunft um die Unterdrückung der revolutionären Proletarier, was zwingend sich gegen seinen Untergang in die Barbarei zu wehren. Jeder Proletarier merke heute an der steigenden Arbeitslosigkeit, wohin der Weg der Entwicklung geht. Krieg dem Kapitalismus ist heute die Parole des Proletariats.

Das Geschick um die Einkreisung Rußlands  
In bolschewistischen Blättern wird Deutschland rümpelt es wieder von der angeblichen Kriegszehr gegen Rußland. Tausend, tausend streuen die Schreckhülle der „Roten Fahne“! Tatsachenberichte über offene Vorbereitungen Polens zu einem Überfall auf Litauen aus. Es werden Entwürfen des ehemaligen estnischen Botschafters in Moskau, Birk, über Beratungen zwischen den Militärs der Randstaaten und Polens veröffentlicht, die aber bescheidenerweise schon ein Jahr zurück liegen. Mit einem Wort, es wird alles ins Ungeheure aufgebauet, um den Arbeiterschaft Deutschlands die Meinung beizubringen, dem „einigen Arbeiterstaat“ gehen die Kapitalisten sofort an den Kragen. Es ist fünf Minuten vor Zwölf.

Merkwürdigerweise fällt dieser ganze Pressefeldzug der bolschewistischen Presse mit den Vorgängen innerhalb der bolschewistischen Partei Rußlands zusammen. Just einige Tage nachdem der Quäntenkampf um die Beherrschung der russischen Partei nach dem Sieg des Staates mit einer Maßregelung Stojews und seiner Helfer beendet hat und die Auseinandersetzungen sich innerhalb und außerhalb Rußlands zu einer drohenden Spaltungszehr ausgeweitet, setzte das Geschick über die neue Kriegegefahr für Rußland ein. Und was am bedenklichsten ist, es wurde alles so langgestreckt, als wenn es nur eine Frage von Tagen sei, wann der Krieg gegen Litauen und somit gegen Rußland eröffnet wird.

Zuerst muß jeder denkende Arbeiter sich darüber klar werden, daß ein Krieg zwischen Polen und Litauen noch gar nicht unmittelbar Rußland gefährdet. Wenn es tatsächlich Polen gegen Litauen zu verschicken, so könnte man zwar sagen, es ist eine Stärkung Polens, aber keinesfalls ein Überzug zum Angriff auf Rußland. Zweitens muß sich jeder denkende Arbeiter die Frage vorlegen, ob die immerfort von den bolschewistischen Zeitungen in die Welt gesetzten Alarmnachrichten über die Einkreisung Rußlands eine Sache ist, die nur Rußland betrifft, weil die Bolschewiki behaupten, Rußland sei ein „Arbeiterstaat“ und da sind alle Kapitalisten sondern darauf erpicht, den „Arbeiterstaat“ niederzuwerfen.

Einkreisungspolitik und Rüstungen der kapitalistischen Staaten gegeneinander ist eine von der imperialistischen Entwicklung im Kapitalismus unzertrennliche Erscheinung. Wir haben doch schon vor dem Kriege die Einkreisungspolitik und gegenseitige feindliche Rüstungen zwischen England und Deutschland zu verzeichnen gehabt. Nach dem Kriege können wir andere Kombinationen feststellen. Wir wollen hier der Objektivität halber das Zentralorgan der Bolschewiken in Deutschland, die „Rote Fahne“ vom 12. August 1926, zitieren, die in ihrem Leitartikel „Vorbereitung der Vorbereitungen“ folgenden schreibt: „An Friedensvorbereitungen“ der letzten Wochen für dieses Oster-Treffen sind folgende Tatsachen hervorzuheben: Ein englisches-italienisches Zusammengehen auf Kosten Frankreichs, wurde durch den Vertrag Chamberlains mit Mussolini über die Aufhebung Absensens unter Ausschaltung Frankreichs offenkundig. Noch schärfer wird aber die Kampffront durch den jetzt bekannt gewordenen italienisch-spanischen Vertrag gezogen, der unter England, wohlwollendem Protektorat sich mit aller Schärfe gegen Frankreichs Interessen in Mittelmeer und Nordafrika wendet. Die englische „Daily News“ verleiht diesen Vertrag mit vollem Recht (II) mit dem englisch-französischen Vertrag von Agadir, der sich scharf gegen Deutschland richtete und betont dabei, daß der Vertrag Mussolini genau so zum Krieg (I) führen muß, wie Stojewitz der von Agadir.“

Also hier haben wir den strikten Beweis von der „Roten Fahne“ selbst erbracht, daß nicht bloß Rußlands das „Schmerzkind“ der kapitalistischen Welt ist, sondern daß es noch mehr solcher Fälle auf dieser, nicht durch die bolschewistische Billie gesehenen Welt gibt. Wir wollen noch ferner auf die Einkreisungspolitik Japan seitens Amerikas und England (z. B. der Ausbau des Flottenstützpunktes Singapur) hinweisen. Angesichts der wirklichen Tatsachen müßte das sich in „Mitteleuropa“ der Welt-stellen Rußlands sehr komisch an.

Wir Rußland tatsächlich ein Arbeiterstaat, wo die Arbeiterklasse die Umwandlung der bisherigen Ordnung in eine kommunistische vollzieht, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die gesamte kapitalistische Welt nicht eher Ruhe gefunden hätte, bis dieser Staat mit Gewalt niedergewürden wäre. Aber weil es dem nicht so ist, so haben wir seit 1921 eine Umkreisung in der Russenpolitik. Wir haben zur Genüge in der

Das alte Konto ist gelöscht. Alle Einzahlungen sehen auf das Konto: Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Postcheck-Konto Berlin 828 42

Offisierungen  
Köln.  
Die Ortsgruppen Köln der KAP. und AAL. tazen jeden Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokal „Bereikoven“, Schaffensstraße. Hier werden auch Bestellungen auf „KAZ.“ und „Kampfruf“ entgegengenommen.

Essen.  
Samstag, den 21. August, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Karl Fischer, Frolshausen Str. Nr. 14. Öffentliche Diskussions-Abend der KAP. und AAL. Thema: Was ist Kommunismus? Eintritt frei. Freie Aussprache.

Kaschengenossen, erscheinend zahlreich.

Groß-Berlin  
16. Unterbreit (Groschick). Am Freitag, den 12. August 1926, abends 8 Uhr, treffen sich die Genossen in Grünau, Köpenickerstraße 92, Lokal „Gravelotte“. — Pünktliches Erscheinen der Genossen ist unbedingt Pflicht.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.  
Öffentliche Gruppenabend der KAJ, Groß-Berlin.  
Montag, abends 7:30 Uhr:  
Charlottenburg: Jugendheim, Rosinenstraße, Eerecke.  
Moabit: Lokal, Reinholdstraße, 7:30 Uhr.  
Wedding: Lokal Franzel, Reinickendorfer Straße.  
Lichtenberg: Jugendheim, Dossestraße 22.  
Neukölln: Lokal Schwarzkopf, Fontanestraße 26.

Donnerstag, abends 7:30 Uhr:  
Norden: Lokal Eyer, Dunkerstraße 66.  
Jugarteilnehmer! Besucht die Gruppenabende.

—Anspracher und für den Inhalt verantwortliche: Karl Sehn.  
Nachdruck: Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenhardt, Berlin O. 17, Langestraße 79.

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und im Straßenverkauf. — Inserate werden nicht angenommen.  
August 1926  
Alle Zahlungen und Postbestellungen: Berlin NW 7, Nr. 828 42.  
(Nachzahlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Langestraße 79)  
Bezugspreis: Bei Bezug unter Straßendurch die Post: Halbmöndlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. bestellungsweite 20. jeden Monats.

## Das Geschick um die Einkreisung Rußlands

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, jubelte der „Vorwärts“ am Tage der deutschen Verfassungsfeier, um das Proletariat erneut daran zu erinnern, daß die politische Macht nicht mehr ein Privileg der besitzenden Klassen ist. Welch elender Betrug an der Arbeiterschaft, wenn man bedenkt, daß diese „vom Volke ausgehende Staatsgewalt“ immer dann versagt, sobald sie sich im Interesse der ausgebeuteten Massen bewähren sollte. Welch freche Verhöhnung des Proletariats, wenn man bedenkt, daß gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten die „vom Volke ausgehende Staatsgewalt“ ausschließlich den Profitinteressen der Kapitalistenklasse dient.

Daß es an dieser Tatsache nichts zu drehen und zu drehen gibt, bestätigen wiederum die immer sichtbar werdenden politischen Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die seit Monaten unverändert währende kapitalistische Krise tritt jetzt in ein Stadium ein, wo sich zwangsläufig auch der politische Druck der Bourgeoisie auf die ausgebeutete Klasse steigert. Nicht der bloße Wille irgendwelcher Schamfarnacher, sondern das System der kapitalistischen Krisenbewältigungspolitik selbst ist es, das mit seiner Durchführung eine Verschärfung der sozialen Gegensätze bedingt. Die noch lange nicht bedendete Rationalisierungsoffensive der Industriekapitalisten hat bereits eine derartige Riesensarmee von Arbeitskräften freigesetzt, daß an ihre anderweitige Unterbringung im Produktionsprozeß auch durch noch so großzügige Notstandsmaßnahmen nicht im entferntesten zu denken ist. Andererseits entpuppen sich die in die Mode gekommenen „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ immer deutlicher als eine Waffe der Kapitalistenklasse, einigen Erwerbslosenbataillonen die verlangte Arbeit zu den unerhörtesten Bedingungen zu diktiert. Darüber hinaus steigt unter dem Druck der ungeheuren industriellen Reservearmee die Ausbeutung in den Betrieben systematisch, während in demselben Maße unter den dauernd überflüssigen Lohnsklaven das Massenelend wächst. Die Lage ist so überaus trübselig, die Zukunft so völlig hoffnungslos, daß angesichts der furchtbaren Klassenlage des Proletariats selbst die sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Intendanten nicht mehr länger den offenkundigen Bankrott ihrer reformistischen Wirtschaftspolitik verschleiern können.

So politisch ohnmächtig aber die Arbeiterschaft der kapitalistisch ausgewundenen Situation gegenübersteht, so sehr ist der Blick der Bourgeoisie geschärft für ihre Klassenaufgaben. Sie erkennt, daß ihre Unfähigkeit, die Wirtschaftskrise in der Wurzel zu beheben, allenthalben sozialen Zündstoff anhäufen muß und stellt sich heizend auf die damit zu erwartenden Gefahren ein. Und dies nicht nur in der Theorie, sondern auch bereits praktisch. Die „vom Volke ausgehende“ Staatsgewalt wird in jüngster Zeit wieder sichtlich schärfer gegen das Proletariat angewendet als in den vergangenen Monaten! Die jetzt in Berlin auf der Tagesordnung stehenden Polizeiberufe auf proletarische Demonstrationen gegen geringster Kleinigkeiten zeigen, daß die kapitalistischen Sachwalter entschlossen sind, die politische Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse noch mehr einzuschnüren, als sie es ohnehin schon ist. Das letzte Schreckensurteil des Reichsgerichts gegen die 8 bayerischen Kommunisten soll das Proletariat erneut daran erinnern, daß auch der negativste Angriff auf das kapitalistische Eigentum schon

## Der neue Nossekurs

mit den drakonischen Strafen beantwortet wird. Noch dienen die neuesten Maßnahmen der kapitalistischen Staatsgewalt mehr zur Einschüchterung der Unterdrückten, aber nichtsdestoweniger liegt System in diesen Vorgängen. Die Bourgeoisie rüstet für einen neuen Nossekurs, um in den kommenden Monaten des gestiegenen Massenelends die kleinste gegen die bankrotte kapitalistische Gesellschaft gerichtete Bewegung der Arbeiterschaft sofort im Keime erstickend zu können!

Das Proletariat hat alle Ursache, die Schüsse und Gummikugelnplattchen der staatlichen Ordnungshüter nicht als bedeutungslose Episoden zu betrachten. Es muß im Gegenteil darin Handlungen der bürgerlichen Klassen-gewalt erkennen, die mit der ausgewundenen Kapitalisten-gewalt zusammenhang stehen, und muß sich politisch ebenfalls auf diese vor sich gehende Zuspitzung der Klassen-gegensätze einstellen. Die Arbeiterschaft muß ebenfalls rüstung nicht nur zu ihrer Verteidigung, sondern auch zum revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und ihre Demokratie!

Worin besteht diese revolutionäre Rüstung des Proletariats? Sie besteht nicht — wie die KPD verlangt — in Protestkundgebungen, in Demonstrationen, in Versammlungen, in Presseanschlägen usw., weil damit an Stelle der zerstörten demokratischen Illusionen nur neuerweckt werden. Sie besteht nicht darin, die Gewerkschaftsführer und SPD-Bonzen um Einleitung von Protestaktionen zu betteln, weil diese ja durch ihre Koalitionspolitik selbst mitverantwortlich sind für die Ausübung der Staatsgewalt gegen die Proletarier. Sie besteht auch nicht in der Herstellung der Einheitsfront mit Sozialdemokratie, Gewerkschaften und sonstigen kleibürgerlichen Vereinen, weil diese Organisationen infolge ihres Bekennnisses zur kapitalistischen Demokratie ernsthaft gegen den von ihnen gestützten bürgerlichen Staat kämpfen können. All dieser Protest- und Einheitsfrontmüll der KPD, hat im Endergebnis nur zur Folge, daß die Arbeitermassen gegen Windmühlentümpel anrennen und nur „Kämpfen“, um von den reformistischen Agenten der Bourgeoisie als neue verraten und verkauft zu werden.

Die Oberbonzen der KPD und des RFB verhandeln mit den Belegschaften des Polizeibüros, wie die „Ordnung“ am besten aufrechterhalten werden kann. Ihre „Demokratieschlachten“ sind gedacht als Morphium für die Hungernden! Die KPD, als bürgerliche Ordnungspartei ist entlarvt!

Die revolutionäre Rüstung des Proletariats gegen den heranziehenden neuen Noske-Kurs des deutschen Kapitalismus kann auf Grund der zahllosen Erfahrungen seit 1918 nur auf der prinzipiellen Kriegserklärung an den Reformismus sozialdemokratischer wie leninistischer Führung beginnen. Die Arbeiter müssen erkennen, daß die parlamentarisch-gewerkschaftlichen Methoden dieselben stumpfen Waffen sind, mit denen das Proletariat 1919 gegenüber der Konterrevolution unterlag und später in den Betrieben vor der Unternehmernmacht Schritt für Schritt zurückgewichen mußte. Die Rüstung der Arbeiterschaft kann nur bestehen im völligen Bruch mit Parlamentarismus und Gewerkschaften, im antparlamentarisch-unionistischen Klassenaufmarsch, im Schmieden der proletarischen Klassenkriegswaffe: der revolutionären Räte, mit der allein nur der kapitalistische Gesellschaft der Todesstoß versetzt werden kann

Stärken rückständiges Land eine Feldmanst vor einem Kriege hat. Die bolschewistische Bürokratie ist ganz von dem Wunsch besetzt, die Friedenstheorie immerfort wiederholte Beförderung von der Friedfertigkeit und Völkervereinigung Rußlands. Und hier haben wir wieder einen Beweis dafür, daß Rußland gar nichts mehr von der Revolution an tun hat, daß Rußland aufgehört hat, die Kolonne der Weltrevolution zu sein. Denn sonst, wie Mitte ein größeres Interesse für Kriegswaffen und bewaffnete Zusammenstöße mit den kapitalistischen Staaten haben sollen, als wie ein revolutionärer Arbeiterstaat. Kriege sind doch auch ein Mittel, die Revolution auf andere Länder zu übertragen. Von diesem Gedanken war doch der bolschewistische Feldzug gegen Polen 1920 getragen. Und ist es nicht das große geschichtliche Verbrechen Napoleons,

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, jubelte der „Vorwärts“ am Tage der deutschen Verfassungsfeier, um das Proletariat erneut daran zu erinnern, daß die politische Macht nicht mehr ein Privileg der besitzenden Klassen ist. Welch elender Betrug an der Arbeiterschaft, wenn man bedenkt, daß diese „vom Volke ausgehende Staatsgewalt“ immer dann versagt, sobald sie sich im Interesse der ausgebeuteten Massen bewähren sollte. Welch freche Verhöhnung des Proletariats, wenn man bedenkt, daß gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten die „vom Volke ausgehende Staatsgewalt“ ausschließlich den Profitinteressen der Kapitalistenklasse dient.

Daß es an dieser Tatsache nichts zu drehen und zu drehen gibt, bestätigen wiederum die immer sichtbar werdenden politischen Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die seit Monaten unverändert währende kapitalistische Krise tritt jetzt in ein Stadium ein, wo sich zwangsläufig auch der politische Druck der Bourgeoisie auf die ausgebeutete Klasse steigert. Nicht der bloße Wille irgendwelcher Schamfarnacher, sondern das System der kapitalistischen Krisenbewältigungspolitik selbst ist es, das mit seiner Durchführung eine Verschärfung der sozialen Gegensätze bedingt. Die noch lange nicht bedendete Rationalisierungsoffensive der Industriekapitalisten hat bereits eine derartige Riesensarmee von Arbeitskräften freigesetzt, daß an ihre anderweitige Unterbringung im Produktionsprozeß auch durch noch so großzügige Notstandsmaßnahmen nicht im entferntesten zu denken ist. Andererseits entpuppen sich die in die Mode gekommenen „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ immer deutlicher als eine Waffe der Kapitalistenklasse, einigen Erwerbslosenbataillonen die verlangte Arbeit zu den unerhörtesten Bedingungen zu diktiert. Darüber hinaus steigt unter dem Druck der ungeheuren industriellen Reservearmee die Ausbeutung in den Betrieben systematisch, während in demselben Maße unter den dauernd überflüssigen Lohnsklaven das Massenelend wächst. Die Lage ist so überaus trübselig, die Zukunft so völlig hoffnungslos, daß angesichts der furchtbaren Klassenlage des Proletariats selbst die sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Intendanten nicht mehr länger den offenkundigen Bankrott ihrer reformistischen Wirtschaftspolitik verschleiern können.

So politisch ohnmächtig aber die Arbeiterschaft der kapitalistisch ausgewundenen Situation gegenübersteht, so sehr ist der Blick der Bourgeoisie geschärft für ihre Klassenaufgaben. Sie erkennt, daß ihre Unfähigkeit, die Wirtschaftskrise in der Wurzel zu beheben, allenthalben sozialen Zündstoff anhäufen muß und stellt sich heizend auf die damit zu erwartenden Gefahren ein. Und dies nicht nur in der Theorie, sondern auch bereits praktisch. Die „vom Volke ausgehende“ Staatsgewalt wird in jüngster Zeit wieder sichtlich schärfer gegen das Proletariat angewendet als in den vergangenen Monaten! Die jetzt in Berlin auf der Tagesordnung stehenden Polizeiberufe auf proletarische Demonstrationen gegen geringster Kleinigkeiten zeigen, daß die kapitalistischen Sachwalter entschlossen sind, die politische Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse noch mehr einzuschnüren, als sie es ohnehin schon ist. Das letzte Schreckensurteil des Reichsgerichts gegen die 8 bayerischen Kommunisten soll das Proletariat erneut daran erinnern, daß auch der negativste Angriff auf das kapitalistische Eigentum schon

mit den drakonischen Strafen beantwortet wird. Noch dienen die neuesten Maßnahmen der kapitalistischen Staatsgewalt mehr zur Einschüchterung der Unterdrückten, aber nichtsdestoweniger liegt System in diesen Vorgängen. Die Bourgeoisie rüstet für einen neuen Nossekurs, um in den kommenden Monaten des gestiegenen Massenelends die kleinste gegen die bankrotte kapitalistische Gesellschaft gerichtete Bewegung der Arbeiterschaft sofort im Keime erstickend zu können!

Das Proletariat hat alle Ursache, die Schüsse und Gummikugelnplattchen der staatlichen Ordnungshüter nicht als bedeutungslose Episoden zu betrachten. Es muß im Gegenteil darin Handlungen der bürgerlichen Klassen-gewalt erkennen, die mit der ausgewundenen Kapitalisten-gewalt zusammenhang stehen, und muß sich politisch ebenfalls auf diese vor sich gehende Zuspitzung der Klassen-gegensätze einstellen. Die Arbeiterschaft muß ebenfalls rüstung nicht nur zu ihrer Verteidigung, sondern auch zum revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und ihre Demokratie!

Worin besteht diese revolutionäre Rüstung des Proletariats? Sie besteht nicht — wie die KPD verlangt — in Protestkundgebungen, in Demonstrationen, in Versammlungen, in Presseanschlägen usw., weil damit an Stelle der zerstörten demokratischen Illusionen nur neuerweckt werden. Sie besteht nicht darin, die Gewerkschaftsführer und SPD-Bonzen um Einleitung von Protestaktionen zu betteln, weil diese ja durch ihre Koalitionspolitik selbst mitverantwortlich sind für die Ausübung der Staatsgewalt gegen die Proletarier. Sie besteht auch nicht in der Herstellung der Einheitsfront mit Sozialdemokratie, Gewerkschaften und sonstigen kleibürgerlichen Vereinen, weil diese Organisationen infolge ihres Bekennnisses zur kapitalistischen Demokratie ernsthaft gegen den von ihnen gestützten bürgerlichen Staat kämpfen können. All dieser Protest- und Einheitsfrontmüll der KPD, hat im Endergebnis nur zur Folge, daß die Arbeitermassen gegen Windmühlentümpel anrennen und nur „Kämpfen“, um von den reformistischen Agenten der Bourgeoisie als neue verraten und verkauft zu werden.

Die Oberbonzen der KPD und des RFB verhandeln mit den Belegschaften des Polizeibüros, wie die „Ordnung“ am besten aufrechterhalten werden kann. Ihre „Demokratieschlachten“ sind gedacht als Morphium für die Hungernden! Die KPD, als bürgerliche Ordnungspartei ist entlarvt!

Die revolutionäre Rüstung des Proletariats gegen den heranziehenden neuen Noske-Kurs des deutschen Kapitalismus kann auf Grund der zahllosen Erfahrungen seit 1918 nur auf der prinzipiellen Kriegserklärung an den Reformismus sozialdemokratischer wie leninistischer Führung beginnen. Die Arbeiter müssen erkennen, daß die parlamentarisch-gewerkschaftlichen Methoden dieselben stumpfen Waffen sind, mit denen das Proletariat 1919 gegenüber der Konterrevolution unterlag und später in den Betrieben vor der Unternehmernmacht Schritt für Schritt zurückgewichen mußte. Die Rüstung der Arbeiterschaft kann nur bestehen im völligen Bruch mit Parlamentarismus und Gewerkschaften, im antparlamentarisch-unionistischen Klassenaufmarsch, im Schmieden der proletarischen Klassenkriegswaffe: der revolutionären Räte, mit der allein nur der kapitalistische Gesellschaft der Todesstoß versetzt werden kann

Stärken rückständiges Land eine Feldmanst vor einem Kriege hat. Die bolschewistische Bürokratie ist ganz von dem Wunsch besetzt, die Friedenstheorie immerfort wiederholte Beförderung von der Friedfertigkeit und Völkervereinigung Rußlands. Und hier haben wir wieder einen Beweis dafür, daß Rußland gar nichts mehr von der Revolution an tun hat, daß Rußland aufgehört hat, die Kolonne der Weltrevolution zu sein. Denn sonst, wie Mitte ein größeres Interesse für Kriegswaffen und bewaffnete Zusammenstöße mit den kapitalistischen Staaten haben sollen, als wie ein revolutionärer Arbeiterstaat. Kriege sind doch auch ein Mittel, die Revolution auf andere Länder zu übertragen. Von diesem Gedanken war doch der bolschewistische Feldzug gegen Polen 1920 getragen. Und ist es nicht das große geschichtliche Verbrechen Napoleons,



